AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS

3 Unser Zuhause bleibt weltoffen!

5 Rechten Brandstiftern im Betrieb die Stirn bieten

6 Die AfD – keine Alternative für einen Aufbruch Ost

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen am 1. September 2019

Wer AfD wählt, wählt Nazis

Foto: Aufstehen gegen Rassismus Chemnitz

Lasst Nazis nicht marschieren und auch nicht mitregieren

Seit Jahren verbreitet die AfD in den Parlamenten, im Internet und auf der Straße ihre Hetze gegen Muslime, Geflüchtete, Andersdenkende und Andersliebende. Jörg Urban, ihr Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 1. September in Sachsen, droht unverhohlen mit Bürgerkriegsfantasien und rechten Umsturzparolen: Er will sich „unser Land“ zurückholen und „das derzeitige Regime (…) zum Einsturz bringen“.

▷ Umso wichtiger, am 1. September selbst wählen zu gehen und laut zu warnen: „Wer AfD wählt, wählt Nazis!“

Der faschistische „Flügel“ um Höcke, Urban & Co. bestimmt zunehmend die Marschrichtung der AfD. Anhänger des „Flügels“ führen auch die Kandidierendenliste der Partei für die Landtagswahl an. In Sachsen ist der „Flügel“ mit 70 Prozent Änhänger*innen laut AfD-MdB Jens Maier besonders groß. Die Gefahr besteht, dass in Sachsen mit der AfD eine faschistische Partei im Werden Regierungsmacht erringt, die offen mit den Verschwörungstheoretiker*innen und Islamfeind*innen von Pegida zusammenarbeitet. Die AfD ist längst die größte Partei, in der sich Nazis und Faschist*innen sammeln und die kein Problem hat, zusammen mit Stiefelnazis, gewaltbereiten Hooligans und Reichsbürger*innen durch die Straßen sächsischer Ortschaften zu ziehen.

Diese Entwicklung können wir nicht durch wahltaktische Stimmen für die CDU stoppen. Das schaffen wir nur mit einer breiten antifaschistischen und antirassistischen Bewegung.

▷ Auch in Sachsen – von Plauen über Riesa, Zwickau, Chemnitz bis nach Leipzig und Dresden – stehen Menschen auf gegen die rechten Umtriebe, gegen die AfD und für ein solidarisches Miteinander.

Bereits im vergangenen Jahr kamen Tausende nach Chemnitz, um gegen die Hetzjagden auf Migrant*innen und Andersdenkende, antisemitische und islamfeindliche Anschläge und den Schulterschluss der AfD mit Neonazis zu protestieren. Wir bleiben mehr, lautete auch das Motto der 50.000 Menschen, die am 4. Juli in Chemnitz erneut zeigten, dass sie die Straßen und Parlamente nicht den rechten Hetzer*innen überlassen wollen.

▷ Das macht Mut und gibt Grund zur Hoffnung: Machen wir diesen Sommer gemeinsam zu einem Sommer des Antirassismus und Antifaschismus.

Zeigen wir am 24. August bei der #unteilbar-Demonstration in Dresden gemeinsam: Rassismus ist keine Alternative. Menschenrechte sind unteilbar und die Ideen der Nazis und Rassist*innen von AfD & Co. gehören endlich auf den Müllhaufen der Geschichte!

▷ Unsere Alternative ist Solidarität. Deshalb deine Stimme gegen die AfD.

Gabi Engelhardt, Aufstehen gegen Rassismus Chemnitz

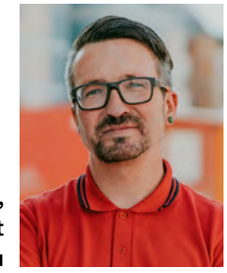
10 Gründe aktiv zu werden

„Ich möchte in unserer Stadt ohne Angst leben können. Wenn man etwas ändern will, muss man aktiv werden. Mir geht es auch darum, selbst Vorbild zu sein. Gemeinsam können wir Rassismus entgegentreten.“

Wafaa Naes,
Jugendliche ohne Grenzen

*„Mit der AfD kommen immer mehr Vertreter*innen in die Parlamente, die Hass und Diskriminierung verbreiten. Wir alle sind gefordert, uns dem entgegenzustellen und uns für eine offene, solidarische Gesellschaft einzusetzen.“*

René Hahn,
antifaschistischer Aktivist
aus Zwickau

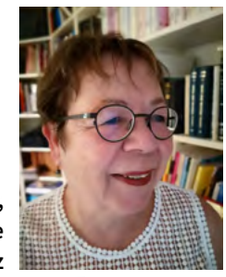


*„Es ist höchste Zeit, auch in Sachsen aufzustehen gegen Rassismus. Rechtsextreme Gewalt, Einschüchterungen und Drohungen gegen Asylsuchende, Engagierte und Demokrat*innen dürfen wir nicht tolerieren.“*

Ralf Hron,
DGB Regionsgeschäftsführer
Südwestsachsen

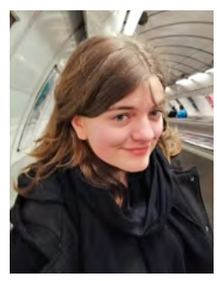
„Als Jüdin und Tochter Überlebender der Schoah kann ich Rassismus nicht hinnehmen. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen sie verteidigen, bevor es zu spät wird.“

Dr. Ruth Röcher,
Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde
Chemnitz



„Für uns ist die AfD unwählbar. Das Leugnen und Verdrehen von Fakten ist alles, was die AfD zur Klimadebatte beiträgt. Eine solche Partei darf in Zeiten der globalen Klimakrise keine Macht gewinnen.“

Marleen Mücke,
Fridays for Future



„Ich engagiere mich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen. Vielfalt ist eine Bereicherung. Rassismus verachtet all diese Werte, weshalb ich dies niemals akzeptieren kann oder auch nur dulden möchte.“

Ulrike Liebscher, Koordinatorin
Der Runde Tisch für Demokratie,
Toleranz und Zivilcourage Plauen

„Die AfD will muslimischen Frauen und Männern das Recht auf ihren Glauben nehmen. Das ist Rassismus. Ich setze mich gegen jeden Rassismus ein, da Rassismus immer zu Ausgrenzung, Ungerechtigkeit und Unfrieden führt.“

Umer Malik, Imam und Islamischer
Theologe, Ahmadiyya Muslim Jamaat
Deutschland KdöR

„Zur Demokratie gehört der Antifaschismus, das ist für mich untrennbar miteinander verbunden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich Rechte nirgendwo willkommen fühlen.“

Sophie Koch,
Vorsitzende der Jusos
Dresden

„Die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder ist uns sehr wichtig, daher treten wir für Solidarität, Respekt und Weltoffenheit und gegen Rassismus ein. Wir sehen uns als Teil der nicht schweigenden Mehrheit.“

Irene König,
Omas gegen Rechts
Chemnitz

„Ich engagiere mich gegen rechts, weil ich in einer offenen und solidarischen Gesellschaft ohne Hass und Hetze leben möchte. Engagement gegen rechts heißt für mich auch, für Klimagerechtigkeit zu kämpfen.“

Maximilian Becker, aktiv bei
#unteilbar und Ende Gelände

Foto: Christian Schneider

Unser Zuhause bleibt weltoffen!

Während progressive, emanzipatorische Kräfte in Leipzig, Dresden, Plauen oder Karl-Marx-Stadt die politische Wende 1989 ins Rollen brachten, knüpfte die Nachwende-CDU in Sachsen an das in der DDR geprägte Obrigkeitsdenken an. Die gewohnte Einstellung, dass es „die da oben“ schon richten, verband sich mit dem patriarchalen Führungsstil der damaligen Biedenkopf-Kohl-Ära und der anmaßenden Haltung der CDU, sächsische Interessen allein vertreten zu können.

Dieser Alleinvertretungsanspruch ist brüchig geworden. Bereits bei der Bundestagswahl 2017 verlor die CDU massiv Stimmen. Bei der Europawahl 2019 konnte die AfD ihr Bundestagswahlergebnis von 2017 in Sachsen bestätigen. Sie ist mittlerweile die stärkste Partei in Sachsen. Dabei hat die AfD längst ihren liberalen Schafspelz abgelegt und macht unter Beifall von Teilen der Bevölkerung klar, was sie in einer Regierung durchsetzen würde: Beschränkung der freien Berichterstattung, Streichung unliebsamer Soziokultur, Verbot antifaschistischer Initiativen, Schikanen gegen Migrant*innen, Einschnitte in Bürgerrechte, Verschärfung der Sicherheitsgesetze.

▷ Trotz wiederholter Abgrenzungsversuche der CDU-Parteiführung bleibt für einen nicht unerheblichen Teil der Parteibasis in Sachsen eine Zusammenarbeit mit der AfD vorstellbar.

Als beispielsweise in Meißen der CDU-Kandidat mit den Stimmen der AfD zum Oberbürgermeister gewählt wurde, war von neuen Allianzen die Rede, die Parteien seien sich näher gekommen. Auch in Freiberg betonen Vertreter des CDU-Kreisverbandes die Schnittmengen mit der AfD. Die persönliche Nähe auf kommunaler Ebene kommt unter anderem daher, dass viele heute aktive Mitglieder der AfD ehemalige CDU-Parteifreunde sind.

Je mehr jedoch die CDU zum eigenen Machterhalt auf autoritäre Politik setzt, desto mehr bestätigt sie die Forderungen der AfD und desto mehr bereitet sie der AfD das Feld. Wenn es der AfD mit Hilfe der CDU gelingt, Regierungsmacht in Sachsen zu erobern und so Zugriff auf Polizei, Verwaltungsbehörden oder Kultur- und Sozialpolitik zu erhalten, steht der völkisch-autoritäre Umbau unseres Landes bevor. Auf dem Spiel stehen nichts weniger als die Freiheit, die Zukunftsfähigkeit von Sachsen und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

▷ Doch die Gefahr, dass Sachsen nach der Landtagswahl in den Abgrund einer rechtsnationalen Regierungsbildung stürzen könnte, hat inzwischen viele Menschen wachgerüttelt.

Die Hoffnung wächst, dass es uns gemeinsam gelingt, den politischen Preis, die AfD zu wählen oder mit ihr zu koalieren, in die Höhe zu treiben. Dafür lohnt es sich einzusetzen und eine Rückabwicklung gesellschaftlicher Fortschritte und nationale Abschottung zu verhindern.

Ich habe als junger Mensch die Repression im Spitzel-Staat DDR hautnah erlebt und deshalb 1989 für eine freie, offene und vielfältige Gesellschaft gestritten. Wie ich empfinden immer mehr den heutigen, gegenüber der extremen Rechten offenen Politikkurs in Sachsen als Angriff auf Vieles, was uns seit 1989 wichtig ist. Wir wollen nie wieder in einem autoritären Staat leben. Wir wollen nicht, dass mit unserer Zukunft ein so gefährliches Spiel gespielt wird.

Umso wichtiger ist es jetzt, klare Haltung zu zeigen und im Wahlkampf auch von den Kandidat*innen einzufordern. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass diese völkisch-autoritäre Welle sich nicht weiter in Sachsen ausbreitet. Unser Zuhause bleibt weltoffen – mit Solidarität, Freiheit, Respekt und unteilbaren Menschenrechten!

Volkmar Zschocke, MdL Sachsen, Bündnis 90/Die Grünen

„Das sind doch nicht alle Nazis …“

… so schallt es einem immer wieder entgegen, wenn man versucht, die AfD einzuordnen. Und tatsächlich ist es vordergründig korrekt, dass nicht alle AfD-Mitglieder Verbindungen in die Naziszene unterhalten oder dieses Gedankengut offen verbreiten. Erspart ihnen das aber den Vorwurf, die AfD wäre eine faschistische und neonazistische Partei? Nein. Denn: Sie akzeptieren und tolerieren Personen und Positionen in ihrer Partei, die klar und eindeutig in dieses Milieu einzuordnen sind.

Wer die Listen der AfD zur Kommunalwahl in Sachsen durchgeht und sich anschaut, wer künftig die selbsternannte Alternative in Gemeinderäten und Kreistagen vertritt, bekommt schnell das kalte Gruseln: So darf zum Beispiel trotz angeblicher Unvereinbarkeitsbeschlüsse künftig Toni Schneider, bekennender Aktivist der Identitären Bewegung (IB), für die AfD im Hoyerswerdaer Stadtrat aktiv werden. Im Wurzener Stadtrat sitzt künftig Benjamin Brinsa, bekannt geworden dadurch, dass er mit rechten Kameraden 2018 einen Angriff auf Journalist*innen verübte. Brinsa war dabei nicht nur unter einer Sturmhaube versteckt, sondern mit einer Machete bewaffnet. Auch einer der Täter, die in Arnsdorf bei Dresden einen psychisch kranken Asylsuchenden an einen Baum fesselten und mit einem Messer bedrohten, darf künftig für die AfD ein kommunales Mandat ausüben.

Die Verbindungen der AfD in die Szene rechter Kameradschaften, Burschenschaften und Hooligangruppen kommen nicht von ungefähr. Die taz hatte bereits Anfang 2018 über 600 Verbindungen zwischen den Bundestagsabgeordneten der AfD-Fraktion und rechten Gruppierungen recherchiert und aufgelistet: → **www.taz.de/Netzwerk-AfD/!t5495296**

Wer AfD wählt, bekommt Nazis in den Parlamenten. Denn ja, nicht alle AfDler sind selbst Nazis – aber sie tragen es alle mit, dass unter ihnen auch Nazis ihren Platz finden!

Silvio Lang, 1. Sprecher VVN-BdA Sachsen

Foto: Aufstehen gegen Rassismus Chemnitz

Klimagerechtigkeit anpacken heißt auch: AfD abwählen!

Mit der Leugnung des menschengemachten Klimawandels stellt sich die AfD gegen unsere Zukunft. So fordert sie in ihrem Grundsatzprogramm ein Ende der Klimaschutzpolitik, denn mehr CO_2 in der Atmosphäre führe zu mehr Pflanzenwachstum. Dass nahezu alle Wissenschaftler*innen und Studien weltweit seit Jahren vor dem Anstieg von Kohlenstoffdioxid warnen, wird ignoriert.

Im Wahlprogramm der AfD Sachsen steht zudem, dass sie zur Energiegewinnung weiter auf Braunkohle setzt. Ein Einhalten des Pariser Klimaabkommens wird mit dieser Realitätsverweigerung unmöglich.

Mit Fridays For Future hat es eine Jugendbewegung geschafft, eine gesellschaftliche Debatte über die Klimakrise zu entfachen. Sie zu überwinden, begreifen wir als globale Aufgabe. Dazu braucht es mutige Menschen sowie einen weltweiten Kampf für eine Welt ohne Ausbeutung und Wachstumszwang. Mit der AfD ist das nicht zu machen.

Marvin Müller, Mitorganisator Fridays For Future Chemnitz

Rechten Brandstiftern im Betrieb die Stirn bieten

In den Betrieben gibt es viele Probleme. Insbesondere im Osten erhalten viele Beschäftigte niedrigere Löhne bei gleichzeitig längeren Arbeitszeiten. Viele sind nicht mehr bereit, das hinzunehmen und wollen einen Aufbruch Ost. Jede Initiative, einen Betriebsrat zu gründen, einen Tarifvertrag und Lohnerhöhungen zu erkämpfen, ist ein Schritt voran. Wir brauchen 30 Jahre nach der Wende viele solcher Schritte. In Sachsen und in ganz Ostdeutschland. Dafür arbeiten viele Gewerkschaftsmitglieder jeden Tag.

Die AfD dagegen betätigt sich als rechte Brandstifterin und hetzt gegen Migrant*innen und Muslime. Rassismus ist ein schlimmes Gift! Rassismus lenkt ab von den wahren Ursachen und macht Schwächere zu Sündenböcken für scheinbare oder wirkliche Probleme. Die Gewerkschaften streiten für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und stellen sich gegen jede Diskriminierung.

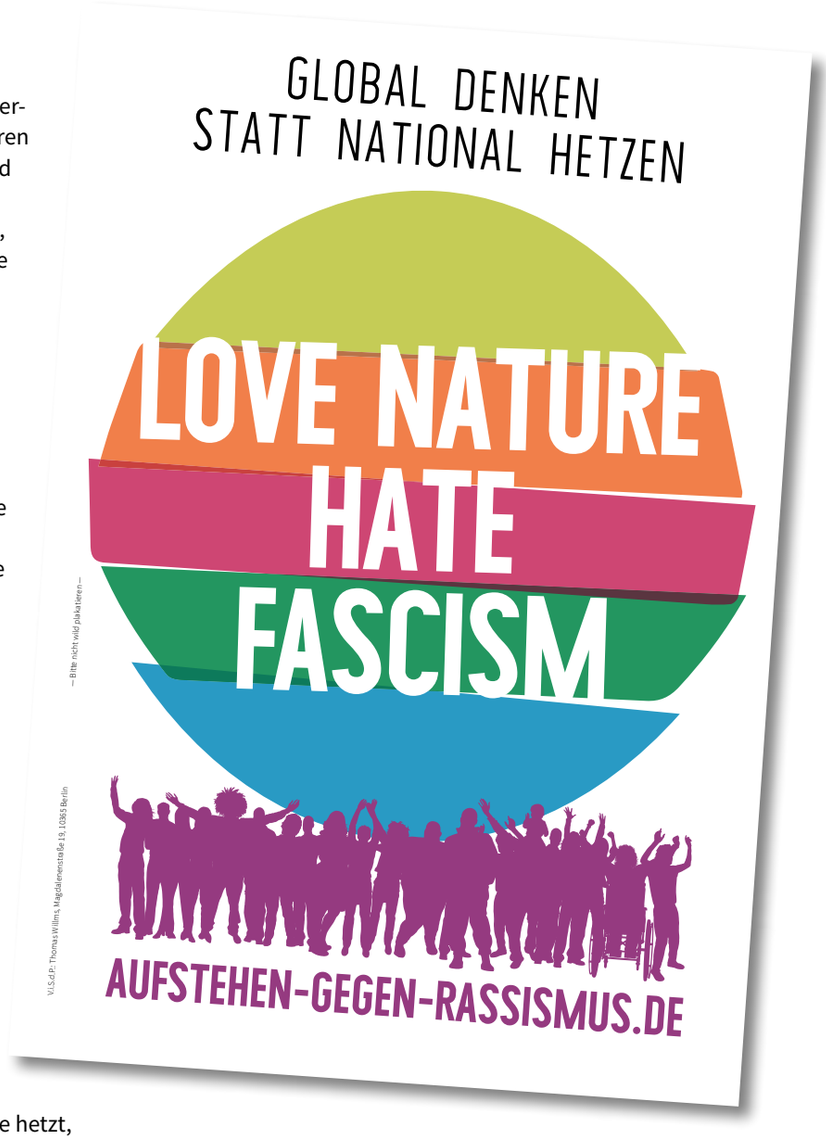
Die AfD droht zum Auffangbecken für Neonazis zu werden, sie marschiert mit diesen auf der Straße auf und will bei der Gleichberechtigung der Frau das Rad zurückdrehen. Diese Partei muss auf unseren Widerstand stoßen.

Teile der Partei versuchen, sich einen sozialen Anstrich zu geben. Das macht es nur um so dringender, gemeinsam für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten zu streiten.

In vielen Betrieben arbeiten ausländische Beschäftigte. Nur dort, wo wir uns nicht spalten lassen, können wir zusammen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen streiten. Es gilt, Solidarität neu zu entdecken und das Wort mit Leben zu füllen. Andere herabzusetzen, dürfen wir nicht akzeptieren. Ein abgeschobener Flüchtling wird nirgendwo dazu führen, dass die Rente oder Sozialleistungen erhöht werden.

Der gesellschaftliche Reichtum in Deutschland ist groß. Doch die obersten zehn Prozent verfügen über die Hälfte des Vermögens. Die untere Hälfte wird mit Krümeln abgespeist oder hat gar nichts. Eine Partei, die wie die AfD gegen Geflüchtete hetzt, aber eine Vermögenssteuer verhindern will, ist keine Alternative!

Olaf Klenke, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Landesbezirkssekretär Ost



Keine Alternative für Frauen und Familien

Im Landtagswahlkampf der AfD bekommen wir wieder viele Fotos spärlich bekleideter Frauen zu sehen. Das Muster ist immer dasselbe: Nackte Haut als Blickfang und die Behauptung, dass der Islam die Bedrohung für Frauen sei. Frauen werden in zweierlei Rollen präsentiert: als schwache Wesen und als Objekte. So sollen die Ritterlichkeit und Überlegenheit des „deutschen Mannes“ angesprochen werden – gegenüber den Frauen und dem Islam.

Bei Frauen kommen diese Bilder weniger gut an. Selbst Alice Weidel lehnte die Plakatkampagne „Neue Deutsche machen wir selber“, die den Bauch einer schwangeren Frau zeigte, für ihren Wahlkampf ab. Bei einem Gesamtanteil von 13 Prozent Frauen in der Partei dürften solche Minderheitenvoten aber zu vernachlässigen sein.

Das Bild von Frauen als Gebärmaschinen durchzieht auch die Programmatik der AfD. Nur die konventionelle deutsche Familie soll demnach staatlich gefördert werden. Alleinerziehende Mütter dagegen sollen im „selbst gewählten“ Fall keinerlei finanzielle Unterstützung erhalten, außer wenn sie es „unverschuldet“ seien. Wie soll hier wohl die Bedürftigkeitsprüfung aussehen?

Aufschlussreich zum Frauenbild sind auch die Reden des AfD-Bundestagsabgeordneten Detlef Spangenberg, der bereits einige Jahre durch den sächsischen Landtag irrlichterte. Zum Thema Frauenquote rät er: „Meine Damen, probieren Sie es doch mal mit Arbeit.“ Seines Erachtens würden arbeitsscheue Frauen von Männern „in Positionen gehoben“. Wirklich anstrengende Tätigkeiten würden sie scheuen. Fraglich bleibt, wie Spangenberg den Anstrengungsgrad sozialer Berufe einschätzt, etwa in der Altenpflege.

Derlei Reden applaudierten im Landtag erstaunlich viele auch aus den hinteren Rängen der CDU. Dort hieß es bei „Frauenthemen“ regelmäßig: „Wir wollen den Spangenberg!“ Genau solche Reden sind es, die Sexismus und Frauenfeindlichkeit wieder salonfähig machen. Das Erbe der Frauenrechtler*innen ist zu kostbar, um es zu verspielen.

Hanka Kliese, MdL Sachsen, SPD

Die AfD – keine Alternative für einen Aufbruch Ost

Die AfD stellt sich gerade in Ostdeutschland als Kümmerer dar und voller Sorge um die „einfachen Menschen“. Tatsächlich vertritt die AfD einzig die Interessen der Reichen und Vermögenden.

Setzt sich die AfD etwa für einen höheren Mindestlohn ein? Kämpft sie gegen Kurz- und Zeitarbeit? Oder gegen das Hartz-IV-System? Nein! Ihr geht es nur darum, Benachteiligte gegeneinander auszuspielen. Deutsche gegen vermeintlich Nicht-Deutsche. Sie setzt auf Spaltung statt auf Zusammenhalt.

Gerade in Ostdeutschland, wo die Menschen unter besonderer Abstiegsangst leiden, trifft sie damit – leider – auf offene Ohren. Die Ostdeutschen haben vor 30 Jahren, in den Kämpfen der Wendezeit, viel erreicht. Dann machte die Treuhand 8.500 Betriebe dicht, drei Millionen Menschen verloren ihre Arbeit und ihren sozialen Halt. Bis heute gibt es im Osten niedrigere Löhne und Renten.

Deshalb fordert „Aufbruch Ost“ 30 Jahre nach der politischen Wende endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und wir rufen dazu auf, sich kritisch mit der Wende- und Nachwendezeit zu beschäftigen. Wir wollen an die erfolgreichen Kämpfe gegen das DDR-System erinnern und an die emanzipatorischen Gedanken des Herbstes 1989 anknüpfen.

Initiative „Aufbruch Ost“

Foto: Aufstehen gegen Rassismus Chemnitz

Freie Wähler – Frei von Skrupeln?

Die „Freien Wähler“ suchen die Marktlücke. Die Partei spekuliert auf Wähler*innen, denen die CDU nicht rechts genug ist und die AfD zu rechts.

Im Dresdener Stadtrat sitzt Frank Hannig für die Freien Wähler. Hannig ist der neue Rechtsanwalt des mordverdächtigen Neonazis Stephan Ernst. Früher war er Mitglied der CDU und noch früher Informant des MfS. In der Dresdener Fraktion der Partei sind auch die Buchhändlerin Susanne Dagen, die zum Netzwerk der Neuen Rechten gerechnet wird, und Jens Genschmar, der als Stadtrat der FDP wegen seiner Pegida-Nähe in der Kritik stand. Hannig selbst war Versammlungsleiter bei der Gründung von Pegida.

Auf Landesebene haben die Freien Wähler bisher keine Rolle gespielt. Jetzt sind 15 Prozent das selbst erklärte Ziel für die Landtagswahl. Dafür sorgen soll als Spitzenkandidatin die Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Cathleen Martin, der sogar das neue Polizeigesetz nicht weit genug geht. Der parteilose Grimmaer Oberbürgermeister Matthias Berger gibt das Gesicht der Freien Wähler für die Öffentlichkeit – den Wolf, der Kreide gefressen hat: „Wir sind konservativ, aber nicht ideologisch.“

Frei von Ideologie? Auf jeden Fall frei von Skrupeln, auch gegenüber dem Grundgesetz. In die angeblich überfüllten Städte Leipzig und Dresden soll etwa nach dem Willen der Freien Wähler nur noch ziehen dürfen, wer dort einen Arbeits- oder Studienplatz nachweisen kann. Dabei garantiert das Grundgesetz das Recht auf freie Wohnortwahl und Freizügigkeit.

Auch das Recht auf freie Schulwahl soll ausgehebelt werden. Stattdessen sollen Schulen künftig selbst entscheiden können, wann für sie die „Zumutbarkeitsgrenze“ bei der Integration erreicht ist.

Unideologisch sind die Freien Wähler also ganz und gar nicht. Ihr Programm will die Auflösung der gesellschaftlichen Solidarität. Rechts ist das allemal. Konservativ nicht. Aber reaktionär. Und auf der Suche nach einem Platz neben der AfD.

Volkmar Wölk, Magazin „der rechte rand“

AfD-Rentenkonzepte – Angriff auf uns alle

Seit Jahren vertritt die AfD sich widersprechende sogenannte Rentenkonzepte. Der völkisch-neoliberale Flügel um Meuthen und Weidel will das umlagefinanzierte System abschaffen und komplett auf private Vorsorge setzen. Es soll nur noch eine Grundrente übrig bleiben für jene, die nicht privat vorsorgen können. In Sachsen beträfe das alle Menschen, die zum Mindestlohn arbeiten oder geringfügig darüber.

Der völkisch-faschistische Flügel um Höcke will das steuerfinanzierte System beibehalten und das Rentenniveau bei 50 Prozent stabilisieren – aber nicht für alle. Seine „Staatsbürgerrente“ zur Rentenaufstockung soll nur Deutschen zugute kommen. Wer viele Kinder hat, soll ebenfalls begünstigt werden.

Ein drittes Rentenkonzept hält an der gesetzlichen Rentenversicherung fest, sieht aber mehr Geld für kinderreiche und fast gar keine Unterstützung für kinderlose Menschen vor. Die Finanzierungsfrage ist in keinem der Modelle geklärt.

Das Landtagswahlprogramm der sächsischen AfD legt sich hier nicht fest. Aber das Ziel bleibt, Deutsche gegen Migrant*innen sowie Menschen mit mehreren Kindern gegen Kinderlose aufzuhetzen.

Eins ist klar: Eine Rente à la AfD, in welcher Gestalt auch immer sie beschlossen wird, würde die Altersarmut nur noch verschärfen. Dabei sehen sich heute schon immer mehr Menschen in Deutschland – im Osten wie im Westen – gezwungen, im Alter Flaschen zu sammeln. Das sind Menschen, die ihr ganzes Leben lang für niedrige Löhne geschuftet haben oder Zeiten der Arbeitslosigkeit durchmachen mussten.

Für Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen kann die AfD keine Alternative sein. Denn die Schere verläuft nicht zwischen Deutschen und Migrant*innen, Familien mit mehr oder weniger Kindern, sondern zwischen oben und unten. Unsere Antwort auf diese Politik der Spaltung muss lauten: Für ein Rentenniveau, das allen Menschen ein würdevolles Leben im Alter gewährleistet.

Susanne Schaper, MdL Sachsen, DIE LINKE

Der Kampf gegen AfD und extreme Rechte an den Unis

Natürlich gab es Rassismus bereits vor der AfD – auch an den Unis. Doch die AfD hat es geschafft, die Grenzen des Sagbaren weit nach rechts zu verschieben – besonders migrantische und internationale Studierende sehen sich zunehmend rassistischen Anfeindungen ausgesetzt. Von der Wohnungssuche bis hin zur Bewerbung für eine Abschlussarbeit oder ein Praktikum, Studierende mit ausländischen Namen bekommen öfter Absagen und müssen mehr Bewerbungen schicken.

Mitglieder der Identitären Bewegung (IB) treten mittlerweile offen an den Hochschulen auf und versuchen, Rassismus zu normalisieren und zu verbreiten. Sie uniformieren sich mit extrem rechter Symbolik auf dem T-Shirt und laufen so in ihre Vorlesungen, Seminare oder in die Mensa. Zur Erinnerung: Wie die IB und führende AfD-Funktionäre berief sich der Attentäter im neuseeländischen Christchurch, der über 50 Muslime beim Gebet ermordete, auf die Wahnvorstellung vom „Großen Austausch“. Danach gäbe es einen Plan, die „echten“ Deutschen (bzw. Neuseeländer*innen, Französ*innen etc.) durch (muslimische) Einwander*innen zu ersetzen.

Auch rechte Dozent*innen sehen sich ermutigt, derartige Verschwörungstheorien zu verbreiten. Der Leipziger Professor Rauscher etwa, der über einen „Genozid am deutschen Volk“ durch die herrschende Migrationspolitik hetzt und in einem Buch zum Eherecht behauptet, dass die Strafbarkeit von Gewalt in der Ehe Männer diskriminieren würde!

Gegen die Hetze der Rechten aufzustehen und sich gemeinsam zu wehren, ist der einzige Weg, sie zurückzudrängen. Die Uni Leipzig hat sich erst nach einer Demo von 2.000 Studierenden und hunderten Unterschriften dazu bewegen lassen, Rauscher zumindest aus seinem Amt als Erasmus-Beauftragter der Juristischen Fakultät zu entlassen.

Es bleibt noch einiges zu tun, um Rauscher, die IB und die AfD zurückzudrängen. Unsere nächsten Schritte sind die bundesweite #unteilbar-Demo am 24. August in Dresden sowie uns mit Studierenden und Hochschul-Initiativen in ganz Sachsen zu vernetzen.

Alhussain Murad, SDS Leipzig, Referent für ausländische Studierende beim StuRa der Universität Leipzig

Aufstehen gegen Rassismus ist ein breites, bundesweites Bündnis. Unsere Kampagne gegen die AfD wird getragen von einer Vielzahl an Organisationen und Personen. Neben lokalen Akteur*innen und Einzelpersonen aus verschiedenen Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden sind attac, die Jusos, Naturfreunde, DIE LINKE, VVN-BdA, IG-Metall, DGB-Jugend, ver.di, Interventionistische Linke, OMAS GEGEN RECHTS und der Zentralrat der Muslime am Bündnis beteiligt. Alle, die sich anschließen möchten, sind herzlich willkommen!

Werde Stammtisch-kämpfer*in

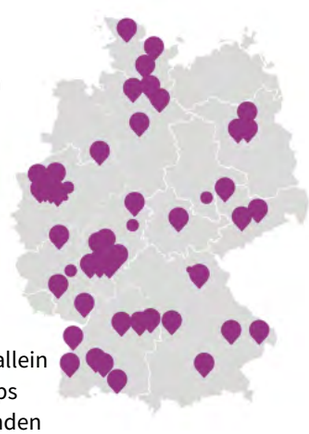
Wir alle kennen das: In der Diskussion mit Arbeitskolleg*innen, bei der Familienfeier oder im Sportverein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen. Später ärgern wir uns, dass wir nicht den Mund aufgemacht und widersprochen haben.

Hier setzen unsere Stammtischkämpfer*innen-Seminare an. Mit theoretischem Input und praktischen Übungen lernst du die Schreck-sekunde zu überwinden, Position zu beziehen und deutlich zu machen: Wir lassen rechte Parolen nicht einfach so stehen!

Werde eine*r von über 10.000 Stammtischkämpfer*innen und nimm an einem kostenlosen Seminar teil. Termine in deiner Nähe findest du auf: → **www.aufstehen-gegen-rassismus.de/termine**

Oder organisiere selbst ein Seminar. Wir helfen gern dabei. Schreib uns an → **stammtisch@aufstehen-gegen-rassismus.de**

Bei dir vor Ort



In vielen Städten gibt es „Aufstehen gegen Rassismus"-Bündnisse und -Aktivengruppen. Welche das sind, kannst du auf unserer Webseite sehen: → **www.aufstehen-gegen-rassismus.de/lokal/** Die Aktiven vor Ort freuen sich, wenn du sie kontaktierst und informieren gern über die nächsten Treffen und Aktionen.

Es gibt bei dir noch keine Gruppe? Hier findest du Aktivitäten, die man auch allein oder zu zweit gut machen kann sowie Tipps und Tricks, wie du weitere Interessierte finden und selbst eine Gruppe gründen kannst: → **www.aufstehen-gegen-rassismus.de/mitmachen/aktionsanleitungen**

Termine

▷ **ab 20. Juli Marktplatz- und Konzerttour von #WannWennNichtJetzt**
in Zwickau, Bautzen, Annaberg, Plauen und Grimma
→ **wannwennnichtjetzt.org**

▷ **24. August bundesweite #unteilbar-Demo in Dresden**
Infos zum AgR-Treffpunkt und Demoblock
→ **www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aktuelles/unteilbar-24-august-2019-dresden**

▷ **21. September Regionaltreffen AgR Sachsen**
im Haus der Gewerkschaften, Chemnitz. Interessierte sind herzlich willkommen! Infos bei AgR Chemnitz

▷ **9. November Gedenken an Pogromnacht 1938 und 30 Jahre friedliche Revolution**

Infos zu diesen und weiteren Aktionen und Veranstaltungen auf Nachfrage unter anderem bei den Aktivengruppen von Aufstehen gegen Rassismus (AgR) in Sachsen:
Chemnitz → **aufstehen-gegen-rassismus-chemnitz@posteo.de**
Leipzig → **agr-leipzig@posteo.de**
Riesa → **info.afd-ade@posteo.de**

Online-Shop der AgR-Kampagne

Aufkleber, Buttons, Flyer, Plakate und vieles mehr gibt es in unserem Online-Shop:
→ **www.aufstehen-gegen-rassismus.de/shop**

Wir brauchen deine Spende

aufstehen-gegen-rassismus.de
facebook.com/aufstehengegenrassismus
info@aufstehen-gegen-rassismus.de

Aufstehen gegen Rassismus wird durch Spenden finanziert. Spenden sind steuerlich absetzbar.

VVN BdA | DE90 4306 0967 1214 8918 00
Verwendungszweck: Aufstehen gegen Rassismus

V. i. S. d. P.: VVN BdA Sachsen e. V. Strehlener Straße 14 01067 Dresden
Redaktion: Gabi Engelhardt, Irmgard Wurdack
Auflage: 50.000